

Yellen erteilt Forderung nach Zinserhöhung Absage

22. August 2014, 20:08 Uhr
- von Howard Schneider

Jackson Hole (Reuters) - Trotz des Aufschwungs in den USA will Notenbankchefin Janet Yellen bei der Zinswende nichts überstürzen.

Ein zu schnelles Vorgehen könne zu einem Hemmschuh für eine vollständige Erholung am Arbeitsmarkt werden, warnte sie am Freitag auf dem Zentralbanker-Treffen in Jackson Hole. Sie erteilte damit einer Forderung aus den eigenen Reihen eine Absage, die Zinszügel jetzt schon anzuziehen. Es gebe keine "einfachen Rezepte" für eine angemessene Geldpolitik, betonte Yellen vor der handverlesenen Elite der Finanzwelt. Bei dem Treffen ließ der US-Notenbanker James Bullard mit harscher Kritik an EZB-Chef Mario Draghi aufhorchen, obwohl dieser erst im Juni die Zinsen auf das Rekordtief von 0,15 Prozent gesenkt hatte. Die EZB müsse auf "das Warnsignal" niedriger Preissteigerungen reagieren und sich entschiedener gegen eine drohende Rezession stemmen, mahnte Bullard kurz vor einem Auftritt Draghis auf dem Forum.

Yellen griff diese Kritik in ihrer Eröffnungsrede nicht auf und konzentrierte sich stattdessen auf die Lage am heimischen Arbeitsmarkt. Noch immer sei nicht klar, wie weit der Jobmarkt davon entfernt sei, seine Ressourcen voll auszuschöpfen. Die Arbeitslosenquote in der weltgrößten Volkswirtschaft lag zuletzt bei 6,2 Prozent und ist damit noch nicht im Bereich der angestrebten Vollbeschäftigung. Am Markt wird daher erst für Mitte nächsten Jahres mit einer Zinserhöhung gerechnet. Die Fed hält den Schlüsselzins bereits seit Ende 2008 - dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise - auf dem historisch niedrigen Niveau von null bis 0,25 Prozent.

In der Vergangenheit haben Yellens Vorgänger in Jackson Hole immer wieder die Chance genutzt, um wichtige geldpolitische Weichenstellungen vorzunehmen. So signalisierte Fed-Chef Ben Bernanke 2010, bald kräftige Geldspritzen zur Stärkung der Wirtschaft einzusetzen. Die von Yellen fortgesetzte Politik des ultrabilligen Geldes ruft nun zusehends Kritiker auf den Plan. Sie befürchten, dass durch die Geldschwemme Exzesse an den Märkten drohen und die Inflation mittelfristig angeheizt wird. Die Notenbank hat ihre Bilanz durch zahlreiche Stützungsmaßnahmen für die Konjunktur nach der Weltfinanzkrise auf mehr als 4,5 Billionen Dollar aufgebläht. Im Herbst sollen die letzten milliarden schweren Geldspritzen auslaufen.

PLÄDOYER FÜR ZINSERHÖHUNG

Die meisten Notenbanker wollen mit einer Anhebung der Zinsen aber noch warten, bis sich der Aufschwung weiter festigt. Die im Zinsausschuss nicht stimmberechtigte Chefin der Fed-Filiale von Kansas City, Esther George, plädiert dagegen offen für höhere Zinsen. Die Ausrichterin der Konferenz von Jackson Hole mahnte, bei der Normalisierung "nicht zu spät" zu reagieren. Das Ziel der Vollbeschäftigung sei nah und das Preisniveau stabil.

Diese Einschätzung trifft allerdings nicht auf die Euro-Zone zu. Anders als in den USA, wo die Wirtschaft wieder rund läuft, ist EZB-Chef Draghi mit hoher Arbeitslosigkeit und einer stagnierenden Wirtschaft konfrontiert. Zudem hat er noch immer nicht das Deflationsgespenst gebannt. Für die nächste Woche anstehende Inflationsrate im August erwarten Experten nur noch magere plus 0,3 Prozent. Damit dürften auch Sorgen neue Nahrung erhalten, dass dem Währungsraum ein Preisverfall auf breiter Front bevorsteht. Dieser gilt als Gift für die Wirtschaft, da sich Verbraucher dann in der Hoffnung auf weiter sinkende Preise mit Käufen zurückhalten und Firmen Investitionen zurückhalten.

Diesen Teufelskreis hat Fed-Banker Bullard offenbar bei seiner Mahnung an Draghi vor Augen: Der geringe Preisauftrieb erfülle ihn "mit Sorge", sagte der Chef der Fed-Filiale von St. Louis. Die EZB müsse sicherstellen, dass die Märkte auf die Fähigkeit der Notenbank vertrauten, mittelfristig stabile Preise zu garantieren. Indirekt rief er damit Draghi dazu auf, mehr Geld zu drucken und damit die Inflation anzuheizen. Die EZB hat zwar

entsprechende Pläne in der Schublade, zögert jedoch mit einem Einsatz. Sie erwägt, ein großangelegtes Programm zum Ankauf von Wertpapieren aufzulegen, falls die Wirtschaft einbrechen und die Deflationsgefahr deutlich zunehmen sollte. Ein solches Szenario sieht Draghi derzeit jedoch nicht.